

CDU-Fraktion · Westkilverstr. 63 · 32289 Rödinghausen

Herrn Bürgermeister  
Siegfried Lux  
Heerstr. 2

32289 Rödinghausen

**Fraktionsvorsitzender**

Marco Möhle  
Westkilverstr. 63  
32289 Rödinghausen  
Tel: 05226-591243  
Mobil: 0173-2122276  
E-Mail: marcomoehle@aol.com

Rödinghausen, 08.06.2025

## **Antrag: Getrennte Ratsvorlagen mit öffentlicher Wertdiskussion**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lux,

anbei ein Antrag „**Getrennte Ratsvorlagen mit öffentlicher Wertdiskussion**“ der CDU-Fraktion Rödinghausen für die kommende Ratssitzung.

### **Beschreibung der Ausgangslage**

Die Kommune handelt in den meisten Bereichen hoheitlich bzw. im Rahmen von gebührenrechtlichen Vorgaben. Es gibt aber auch Bereiche (dies ist der Verkauf und der Bezug von Leistungen und Gegenständen), in denen normales Zivilrecht - meist also das bürgerliche Recht - zur Anwendung kommt. Viele Anschaffungen von Wirtschaftsgütern oder Dienstleistungen erfolgen durch offene Ausschreibung. In diesen Fällen bildet sich in idealer Weise ein Preis am Markt. Ein gutes Verfahren.

Es gibt aber auch Anschaffungs- u. Verkaufsvorgänge ohne solche Ausschreibungen und ohne die dazu einzuhaltenden Regularien. Hier geschieht die Preisfindung im inneren Zirkel der Kommune.

Nun ist es in der Vergangenheit zu Verkaufsfällen oder langfristigen Überlassungen (z.B. An- u. Vermietung) gekommen, in denen die Verwaltung repräsentiert durch den Bürgermeister die Wertfindung entweder nicht oder schwer nachvollziehbar oder gar nicht erkennbar mit der Bestimmung des konkreten Kaufvertragspartners **in einer einzigen Ratsvorlage** vollzogen hat, die im nichtöffentlichen Teil platziert wurde.

Diese Nichtöffentlichkeit führt zu erheblichen Transparenzverlusten, weil die Argumente für Wertfindungen nicht öffentlich ausgetauscht werden dürfen. Die Ratsmitglieder dürfen auch nicht Expertise von außen einbeziehen. Die Ratsvertreter der CDU als Oppositionsfraktion hatten in mehreren Fällen in der Vergangenheit deutlich andere Wertvorstellungen als die Verwaltung. Dabei war auf der Seite der

CDU-Ratsvertreter durchaus Fachexpertise vorhanden, um eine sachgerechte Beurteilung der Marktchancen abgeben zu können.

### **Beschlussvorschlag**

Vor diesem Hintergrund bittet die CDU-Fraktion, der Rat möge in öffentlicher Sitzung folgenden Beschluss fassen:

„Im Falle sich abzeichnender Verkäufe von Gemeindevermögen wird dem Rat bzw. dem Haupt- u. Finanzausschuss mit Vorlage zur Behandlung im öffentlichen Teil die Wertermittlung der Verwaltung zusammen mit den aus kaufmännischer Sicht objektiv sie bestimmenden Bewertungsfaktoren vorgelegt.

Mit einer getrennten zweiten Vorlage, die im nichtöffentlichen Teil der Fachausschuss - bzw. Ratssitzung angesetzt wird, wird über den Vertragsentwurf und die Vertragspartner / Käufer bzw. Verkäufer entschieden.

Der Beschluss ist als Vorratsbeschluss zu fassen, weil in Zukunft Veräußerungsvorgänge oder langfristige Verträge über Leasing – bzw. ähnliche Vertragskonstrukte zu erwarten sind. Beispielsweise könnten aufgegebene Schul – oder Feuerwehrstandorte, Spezialmaschinen u. -fahrzeuge, gemeindliche Neubauten mit Leasingpartnern usw. betroffen sein.

Verkäufe unter 10.000 Euro und Überlassungen mit Jahresnutzungswerten unter 6.000 Euro sind von der Anwendung des Ratsbeschlusses ausgenommen. Mehrere Verkäufe bzw. Begründungen von Nutzungsverhältnissen (Anmietung, Vermietung) an eine Person / mit einer Person oder Verwandte davon, sind bei der Ermittlung der Wertgrenzen zusammenzurechnen.

Einkäufe von Gegenständen und der Bezug von Leistungen fallen ebenso unter diesen Beschluss. Die Ausnahmen gelten entsprechend.

Ausgenommen von diesem Beschluss sind Verkäufe von Bauplätzen, die ein zuvor vom Rat beschlossenes Preisniveau einhalten und wenn die Kriterien der Auswahl der Erwerbsinteressenten durch Ratsbeschluss vorher festgelegt worden sind und diesen gefolgt wird. Ebenso ausgenommen ist die Anmietung von Wohnungen für Geflüchtete, wenn die Kommune die aufgewandte Miete von dritter Seite, z.B. Bund, erstattet bekommt.“

### **Begründung:**

In einem immer rauer werdenden gesellschaftlichen Klima, sind Extremisierungen erkennbar, die die Legitimation der politisch Handelnden immer mehr in Frage stellen. Darauf müssen wir uns einstellen, auch durch diesen Beschlussvorschlag.

Dieses Verfahren ermöglicht im öffentlichen Teil einen offenen für die Bürgerschaft transparenten Austausch der Argumente für die Bestimmung (nur) des Wertes und bewahrt die Verwaltung und auch die Ausschuss – u. Ratsmitglieder vor möglichen Anfeindungen in Richtung „Schiebung“ oder „Verschleierung“ (Selbstschutz).

Zusätzlich wird zur Begründung auf die einleitende Situationsbeschreibung verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Möhle'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Marco Möhle